

Kein Friede mit den kapitalistischen Verhältnissen!

"Kriege fallen nicht vom Himmel. Es sind Staaten, die sich zu diesem Übergang entschließen..." (aus der Ostermarsch-Rede von Johann Strauß, Sprecher der Linkspartei Münster)

Auch dieses Jahr demonstrieren zu Ostern tausende in ganz Deutschland gegen Krieg und für Frieden. Diese Entgegensetzung von ‚Krieg‘ und ‚Frieden‘ ergreift für den Zustand namens ‚Frieden‘ Partei, einfach weil der Krieg so schrecklich ist. Wer aber mit dieser Demonstration seiner Friedensgesinnung auch schon zufrieden ist, hat sich eine Frage gar nicht erst gestellt, nämlich was dieser ‚Frieden‘ eigentlich wert ist, nach dem man sich da sehnt. Wer nach Frieden ruft, der betrachtet den Krieg wie einen Unglücks- oder Ausnahmefall; der hat also vom Frieden eine so gute Meinung, dass ihm gar nicht auffallen will, dass die Gründe für einen Krieg in dem „Frieden“ genannten Zustand liegen.

Kriege fallen nicht vom Himmel. Es sind Staaten die sich zu diesem Übergang entschließen weil sie den friedlichen Verkehr miteinander einfach nicht mehr aushalten. Das heißt: Die Interessengegensätze zwischen ihnen sind an dem Punkt angelangt, wo der eine Staat seine „vitalen Interessen“, also das, was für ihn lebens- und überlebensnotwendig ist, so nachhaltig durch den anderen Staat geschädigt sieht, dass ein Interessenausgleich, ein Verhandeln über Nutzen und Schaden nicht mehr in Frage kommt. Wenn dann der Beschluss erfolgt, das gegnerische Interesse gewaltsam auszuräumen, dann belegt das nur, dass sich schon zuvor die Interessen wechselseitig ausschlossen und sich die Staaten auch in Friedenszeiten grundsätzlich feindselig gegenüber gestanden haben.

Krieg ist nie das „Versagen“ der Politik, sondern nur ihre sachgerechte Fortführung mit gewalttätigen Mitteln. Es ist gerade die Politik der kapitalistischen Staaten, welche im Frieden den Krieg vorbereitet. Krieg ist gerade kein Unfall, sondern bloß das gewalttätige Aufeinanderprallen der Interessensgegensätze von Staaten, die dieses freiwillig durch ihre Wirtschaftsordnung und ihre Verfasstheit als Staaten notwendigerweise herrichten.

So ist es die politische Konkurrenz um Rohstoffe, Absatzmärkte, Weltordnungsansprüche etc. deren Fortsetzung mit militärischen Mitteln im Krieg zum Ausdruck kommt. Und gleichzeitig sind es die militärischen Mittel, welche eine diplomatische, „friedliche“ Konkurrenz erst ermöglichen. Das diplomatische Angebot der Eurostaaten beispielsweise, sich im Atomstreit mit dem Iran, als friedliche Alternative hinzustellen, gewinnt überhaupt erst durch die militärische Drohung der USA an Gewicht.

Daher darf der Friedenswille nicht bei dem Ruf nach Frieden stehen bleiben, sondern muss sich mit den Gründen für Kriege auseinandersetzen. Der Ruf nach Frieden muss so zum Ruf nach Abschaffung dieser Gründe und damit zur Abschaffung des Kapitalismus werden.

So ist unser Aufruf für dieses Osterfest ein Kämpferischer:

Kein Friede mit den kapitalistischen Verhältnissen!

